

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juli 2007

Nr. 7 · 3. Jahrgang

Links informiert

3 Hochgefühl oder Wehmut – vom Gründungsparteitag

Im Mittelpunkt

5/8 Berichte aus Drewitz, vom Stern und vom Kirchsteigfeld

Forum

10 „Quo vadis, LINKE?“ Lesermeinungen

Die „Wildnis“ hat ein Ende

Linkspartei ebnete Weg für PORTA-Ansiedlung auf der Drewitzer Brache

Die Brache in Drewitz ist in Potsdam seit einiger Zeit im Gespräch. Gescheitert waren die von der Bevölkerung getragenen Pläne für einen Freizeitpark. Im völligen Widerspruch dazu standen Überlegungen und konkrete Initiativen des Oberbürgermeisters, dieses Filetgrundstück für einen Baumarkt zur Verfügung zu stellen. Jüngst meldete nun „PORTA“ bei der Linkspartei-Stadtfraktion ihr Interesse an. Und die Linksfaktion stellte am 6. Juni einen diesbezüglichen Antrag in der SVV. (Mehr dazu auf SEITE 6)



Auf ein Wort...



Hier ist DIE LINKE.

von Lothar Bisky

Am 16. Juni 2007 haben Linke aus Ost und West eine Partei für alt und jung, für Gewerkschafterinnen und Künstler, für Studenten und Rentnerinnen, für Professorinnen, Krankenpfleger, Erwerbslose und Weltverbesserer gegründet. Viele Menschen eint, dass sie kulturelle Ausgrenzung, Aufrüstung und Bildungsauslese ablehnen. Wir möchten sie einladen, mit uns gemeinsam für mehr Chancengleichheit, mehr Klimaschutz, für eine interessante Kommunalpolitik, ein Europa des Friedens unterwegs zu sein. Die Welt der Profitmaximierung ist längst aus den Fugen. Nicht nur die sozialen Fragen, selbst Innovationsforschung wird zum Spielball der Kapitalverwertung, wenn sie einem Finanzfonds nicht lukrativ erscheinen. Dagegen entwickelt die neue LINKE eine eingreifende Politik. Eine Partei des Alltags, eine Partei, die Wahlen gewinnt, eine Partei, die durchsetzbare Politik für mehr soziale Gerechtigkeit vertritt und ein interessantes Programm entwirft, das sind die neuen Baustellen der Partei DIE LINKE. Wir haben uns wirklich viel vorgenommen.

Rote Pfeile in Potsdam und ein neues Banner

Aktionen der LINKEN in der Landeshauptstadt im Rahmen der Parteigründung



„Wir müssen uns einen kleinen Knüller einfallen lassen zu diesem Anlass“, darin waren sich die Potsdamer Kreisvorsitzenden der Linkspartei.PDS, Pete Heuer, und der WASG, Hans-Jörg Rudolph, einig. Der 16. Juni 2007 war deutschlandweit bekannt als der Tag der Parteigründung der LINKEN. Und so erschienen wenige Tage vor dem 16. an Potsdamer Litfasssäulen rote Pfeile. Eingeweihte erkannten natürlich den „I-Punkt“, der den Schriftzug LINKE ziert. Und am Vortag des Berliner Gründungsparteitages machten sich Rudolph, Heuer (mit Sohn Ole), Stefan Woltenberg und Rolf Kutzmutz ans Werk, um vor der lokalen Presse das „Rätsel“ zu lö-

sen. Sie klebten vereint den Schriftzug unter die Pfeile an die Litfasssäule (Foto links).

Zwei Tage später – am Sonntag, 17. Juni – also einen Tag nach der denkwürdigen Vereinigung zur ersten gesamtdeutschen sozialistischen Partei der Bundesrepublik feierten ehemalige Linkspartei.PDSler und WASGler gemeinsam in der Potsdamer Alleestraße dieses Ereignis. Über allseitigen Zuspruch konnte sich die neue Partei wahrlich nicht beklagen. Über 300 Mitglieder und Sympathisanten feierten das historisch bedeutsame Ereignis. So war es selbstverständlich, dass die Anwesenden mit großem Beifall reagierten als Thomas Nord und Kerstin Kaiser (Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag) gemeinsam mit Christian Eicke (ehemals

WASG, Cottbus) das Banner am Haus in der Alleestraße – „Hier ist DIE LINKE.“ – enthüllten (Foto unten).

Der schon einige Zeit anhaltende Zuspruch für die neue Partei fand auch sei-



nen Ausdruck darin, dass am 17. Juni auf dem Fest in der Alleestraße sieben neue Mitglieder den Weg zur Partei fanden. Zu ihnen gehörte auch Sylvia Voß, die in den 90er Jahren für die Bündnisgrünen im Stadtparlament und im Bundestag saß und jahrelang parteilos war. b.m.

Mauthausen im Mai 2007

Erinnerungen an eine Reise mit AntifaschistInnen nach Oberösterreich

Einige von den 17 Teilnehmern waren das erste Mal dabei, in Mauthausen. Auch Helga Bornstädt. Diese Reise hat tiefe Spuren im Gedächtnis eines jeden hinterlassen und neue Erkenntnisse vermittelt. Obgleich sie für manchen von uns schon zur jährlichen Tradition geworden ist.

62 Jahre ist es her, seit das KZ Mauthausen von US-Truppen am 05. Mai 2007 befreit wurde. Nicht viele waren es, die diese Hölle überlebten. Nur noch sehr wenige sind es, die von ihnen noch leben. Erst vor wenigen Wochen haben wir die letzte deutsche Häftlingsfrau des KZ Mauthausen, unsere Freundin Vera Mittelendorf aus Berlin, beerdigt.

Um so zuversichtlicher stimmt es, in jedem Jahr neue Mitfahrer zu begrüßen, die auch zu Mitstreitern werden.

Gesehenes und Gehörtes bei der großen Befreiungsfeier am 06. Mai, bei der sich aus allen Ländern Europas, aus China und Übersee ca. 10 000 Menschen versammelten, verschmelzen im Nachhinein miteinander. Da war die Ur-

aufführung des Oratoriums des Österreicher Wolfgang R. Kubizek, „... und alle Toten starben friedlich...“, am Vorabend. Die Welt der Disharmonien und Harmonien des Oratoriums ließ uns von oben in den Steinbruch sehen – auf die Todestiege, die Gepeinigten und ihre Peiniger. In das Bild des lieblichen Talkessels mit seinen Wunden des Steinbruchs projizierten sich die von uns erst jüngst entdeckten Fundamente der Messerschmitt-Fertigungshalle, in der Otto Wiesner für die deutsche Rüstungsmaschinerie Sklavenarbeit leisten musste.

Am Denkmal der DDR (von Prof. Fritz Cremer geschaffen) erinnerten Studenten aus Potsdam und SchülerInnen aus Werder im Beisein des Botschafters der BRD in Österreich, Dr. Westdickenberg, aus Anlaß der Einweihung 1967 an die deutschen Opfer in diesem Lager, darunter Roman Rubinstein, dessen Enkel eindrucksvolle Worte fand.

Das Krematorium im ehem. Nebenlager Melk, das wir besuchten, war plötzlich wieder so nahe, dass man die Schreie und Gebete der Frauen, Männer und Kinder zu hören glaubte. In dem kleinen Museum findet man nebeneinander Dokumente der Opfer und Täter – auch über ihre Wege danach. Wir gelangten dorthin auf der Donau durch die wunderschöne Wachau, die nicht erahnen lässt, was sich an ihren Ufern einst zugetragen hat.

In Ried/Riedmark, vor dem eindrucksvollen Mahnmal für die über 500 sowjetischen Ausbruchshäftlinge vom 2./3. Februar 1945 fällt einem die anfängliche Stille nach dem ersten Gongschlag des Oratoriums ein. Mehr als 500 Menschen tot – für immer still. Aufwühlende Stille. Gab es die damals auch, als man die ausgegammelten, nun starren Körper hier in diesem lieblichen Ort vor der Kirche stapelte? Oder gab es nur johlende Erfolgshorden?

Schloß Hartheim ist im touristischen Sinne schön, steht gut in der Landschaft an der nahen Donau. Und doch ist es ein Ort, dessen Geschichte uns erschauern lässt. Ein Ort, der unauslöschlich mit der



Im Rathaus Linz.

nazistischen Rassentheorie verbunden ist. „Euthanasie“! Das Leben von etwa 30 000 Menschen wurde hier für „lebensunwert“ befunden und deshalb ausgelöscht. Eine Vernichtungsstätte „minderwertigen Lebens“ – Schloß Hartheim. Heute eine beeindruckende Gedenkstätte.

Am 05. Mai stand der Erinnerungsmarsch vom Bahnhof in das 6 km entfernte Lager auf dem Programm. Es war für uns Alte erbaulich, junge Leute, aus Berlin, Potsdam, Werder und aus Warschau an der Seite zu wissen, mit ihnen über damals Erlebtes, über Gegenwärtiges und Zukünftiges zu reden. Ehem. polnische Häftlinge, die diesen Weg – wie Tausende – gehen mussten, berichteten darüber und sprachen von Verantwortung der jungen Generation – über Ländergrenzen hinweg.

Es ist – im Nachhinein betrachtet – eines der schönsten Erlebnisse und Ergebnisse der Reise, sich an die vielen guten Freunde vom oberösterreichischen „Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer“ aus Linz (sie kommen in jedem Jahr zur LL-Feier zu uns), an viele bekannte und neue Freunde aus Klagenfurt und Warschau zu erinnern, die uns begleiteten und mit denen wir unendlich viele schöne – auch inhaltsschwere – Gespräche und Erlebnisse in diesen Tagen hatten. Es ist gut, verlässliche Freunde zu haben ...

Wir laden schon jetzt zur gemeinsamen antifaschistischen Reise nach Mauthausen vom 14. Mai bis 20. Mai 2008 ein.
H. Bornstädt, L. Einicke



Am Denkmal der DDR.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Pete Heuer**, Vorsitzender, Alleestr. 3, 14469 Potsdam.

VERLAG: petit édition Potsdam – Verlag und Mediaconsult; **Norbert Fiebelkorn**, Verleger; Friedrich-Ebert-Straße 38, 14469 Potsdam (Verlag und Redaktionen)

Bernd Martin, Chefredakteur (V.i.S.d.P.); Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9;

email: pas.redaktion@gmx.net; **ANZEIGEN:** Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Deutsche Bank Berlin Kto-Nr. 0311654; BLZ: 100 700 00

DRUCK: OSS-Druck Brandenburg. „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der Autorin dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv



Gruppenbild in Linz.

Dach & Wand Ltd. bietet an:
z.B. 100 m² Dach
(Incl. Abriss, Entsorgung, Folie, Lattung, Tonpfanne naturrot)
nur 4.980,-€ oder für nur 54,-€* im Monat
*100% Auszahlung, effektiver Jahreszins 4,28%

- Fassadenbau mit innovativen Lösungen für feuchte Außenwände
- Flachdachsysteme
- Innenausbau/Komplettlösungen

Schnell handeln lohnt sich!

Hohendorfer Straße 11, 39218 Schönebeck, Tel.: 0391 5639547

Verdienst- möglichkeit

Wir suchen für
„Potsdams andere Seiten“
(Potsdam) und
„Märkische Gärtnerpost“

(Kreise Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teltow Fläming)

Medienberater/ Anzeigenverkäufer

auf günstiger Provisionsbasis. Interessenten
melden sich bitte dienstags oder
donnerstags in unserer Redaktion unter
0331/23 78 49-0.



Hochgefühl oder Wehmut?

Gründungsparteitag DIE LINKE. – Kurzipressionen von Pete Heuer (Text und Bild)

Immer wieder die Frage nach Wehmut - erst noch von Rednerinnen und Rednern, dann von den Journalisten. Ich sage nein - Wehmut habe ich in Berlin nicht verspürt. Dieses Gefühl hatte ich in den Jahren nach der Wende, nicht ständig aber doch beständig. Bei diesem Parteitag dabei zu sein, war für mich Ehre und getragen von einer großartigen Stimmung. Zwei Reihen direkt hinter Gregor Gysi, Lothar Bisky und Oskar Lafontaine zu sitzen - das war nicht der schlechteste Zufall. Keine Sekunde verging, in der nicht reihenweise Objektive in diese Richtung zeigten, ein Medieninteresse wie nie zuvor und eine Widerspiegelung, die das lange frostige Ausblenden und Verschweigen fast vergessen macht. Die CDU blickt mit Häme auf die SPD, die SPD leckt sich verstört die Wunden und Guido Westerwelle scheint einen ganzen zeitgleich tagenden FDP-Parteitag uns zu widmen. Seine Steilvorlage „Freiheit statt Sozialismus“ kontert Gysi mit „Freiheit und Sozialismus“ und Lafontaine schiebt nach „Freiheit durch Sozialismus“. Die Linke in Ost und West ist nun vereinigt, lange genug hat es gedauert. Wehmut – das klingt etwas nach Wermut. Doch Wermutstropfen gibt es keine. Auf diesen Tag ein Gläschen Sekt (egal ob Rotkäppchen, Mumm oder Champanskoe) und dann an die Arbeit. Mindestlohn, Frieden, Bürgerversicherung und Grundeinkommen, Rente nicht erst mit 67 u.a. - dafür sind wir angetreten, dafür stehen wir bei Wählerinnen und Wählern im Wort, und daran werden sie uns messen. 2008 bei den Kommunalwahlen, 2009 bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen.



Filbingers „Denkfabrik“ auflösen

Brandenburgischer Innenminister ist Mitglied im so genannten „Studienkreis Weikersheim“

„Es ist bedenklich, dass der brandenburgische Innenminister keinen Handlungsbedarf sieht, sondern im Gegenteil sogar Widerspruch gegen die Kanzlerin angemeldet hat, weil diese den baden-württembergischen Ministerpräsidenten wegen seines unsäglichen Reinwaschungsversuchs für Filbinger in die Schranken wies. Es irritiert, dass Herr Schönbohm unbeirrt an seiner Mitgliedschaft in der Denkfabrik Weikersheim festhält“, betonte unlängst im Landtag Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdB / DIE LINKE.). Schönbohm hatte, so wörtlich, diesen Vorwurf als „populistische Anschuldigungen gegen eine unbequeme Denkfabrik“ bezeichnet. Er verband das mit der Aussage: „Wir haben Meinungsfreiheit. Die gilt auch für die Konservativen, zu denen ich mich zähle.“

Aus verschiedenen Zusammenhängen ist bekannt, dass Jörg Schönbohm seine Auffassungen mit großer Hartnäckigkeit und Konsequenz vertritt und nicht danach fragt, ob ihm das zum Vorteil gereicht. Das Image des letzten Konservativen in der CDU ist Herr Schönbohm ohnehin nicht mehr zu nehmen. „Ich sage in aller Deutlichkeit: Es geht hier nicht um die politischen Auffassungen, die ein Jörg Schönbohm vertritt, für die er sich engagiert. Selbstverständlich soll der Grundsatz der freien Meinungsäußerung gelten“, so Scharfenberg. „Aber, Herr Schönbohm, es ist eben nicht Ihre Privatange-

legenheit, dass Sie als Vizepräsident in herausgehobener Stellung faktisch ein Aushängeschild des umstrittenen Studienzentrums sind. Sie sind eben nicht der Privatmann Schönbohm, sondern Sie stehen in einem hohen öffentlichen Amt, mit dem dieses ehrenamtliche Engagement identifiziert wird. Selbst wenn Sie es wollten, könnten Sie eine solche Trennung nicht durchsetzen. Selbstverständlich werden Sie als Innenminister des Landes Brandenburg wahrgenommen und nur deshalb findet der Vorgang eine solche öffentliche Beachtung. Alle anderen Präsidiumsmitglieder mit einem eindeutigen politischen Hintergrund sind Pensionäre.“ Scharfenberg verwies u. a. auf das Internetportal des Studienzentrums. Dort ist Schönbohm ausdrücklich als brandenburgischer Innenminister ausgewiesen.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass der Innenminister in der Vergangenheit unter anderem für seine Publikation in der „Jungen Freiheit“ oder für seinen Auftritt vor dem „Hamburger Waffenring“, einem Zusammenschluss aller schlagenden Burschenschaften mit Verbindung in das rechtsextreme Spektrum, kritisiert worden ist. Laut Schönbohms Selbstverständnis will er damit die Auseinandersetzung führen. Aber besteht nicht die Gefahr, dass auf diese Weise letztlich ein Beitrag dazu geleistet wird, rechtsextremistische Auffassungen

in dieser Gesellschaft hoffähig zu machen? Gerade angesichts aktueller Untersuchungen, die bestätigen, dass rechts-extremes Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, muss man sich dieser Frage mit aller Konsequenz stellen. Scharfenberg: „Welche Wirkung hat das vor dem Hintergrund, dass Sie hier im Land Brandenburg für den Verfassungsschutz und die Bekämpfung des Rechtsextremismus zuständig sind und damit eine große Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern für viele andere wahrzunehmen haben?“

Die Bundespolitik hat Jörg Schönbohm aufgefordert, seine Tätigkeit in Weikersheim zu beenden. Die Linkspartei hat klar zum Ausdruck gebracht, dass sie das Wirken von Schönbohm in Weikersheim nicht toleriert.

Aus der Führung der brandenburgischen SPD hat es ebenfalls eine überraschend klare Ansage gegeben. Der SPD-Generalsekretär hat Herrn Schönbohm eindeutig nahegelegt, seine Mitarbeit in Weikersheim zu beenden. Auch Herr Ness kritisierte die Scharnierfunktion zwischen der Stahlhelmfraktion der CDU und den Rechtsextremen und kommt zu dem Schluss, dass es am besten wäre, die Einrichtung aufzulösen.

Es bleibt jedoch letztlich die Entscheidung von Herrn Schönbohm, wie er sich in dieser Angelegenheit verhält.

b.m.

Das „Studienzentrum Weikersheim“, eine Denkfabrik des Konservatismus, ist 1979 vom ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Hans Filbinger, gegründet worden, nachdem dieser wegen seiner Nazivergangenheit zum Rücktritt gezwungen worden war. Offensichtliches Selbstverständnis dieser Einrichtung ist, als Scharnier zwischen dem Rechtskonservatismus und dem Rechtsextremismus zu wirken. Das wurde nicht zuletzt daran deutlich, dass sich u. a. Horst Mahler, eine Leitfigur der rechtsextremen NPD, dort präsentieren durfte. Rolf Schlierer, der Chef der Republikaner, arbeitete zeitweise im Vorstand mit.

Mitbegründer des RFB in Nowawes

Vor 15 Jahren starb Hans Jendretzky

Juli 1992

Am 02. Juli 1992, wenige Tage vor Vollendung seines 95. Lebensjahres, verstarb der KPD-, RFB-, Gewerkschafts-, Staats- und SED-Funktionär Hans Jendretzky (geb. 20. Juli 1897). Zu seiner politischen Vergangenheit gehören auch die Mandatsträgerschaft im Preußischen Landtag sowie die Haftlingszeit u.a. im Zuchthaus Luckau und Brandenburg/H. sowie im Konzentrationslager Sachsenhausen.

Nach Kriegsende rückte der bewährte Funktionär in die erste Reihe der politischen Köpfe in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ). Am 11. Juni 1945 war er Mitunterzeichner des Aufrufs der KPD und nur wenige Tage später, am 15. Juni 1945, Mitunterzeichner des Aufrufs zur Gründung des FDGB.

Dieses, sein politisches Engagement trug Früchte. In seiner Biographie ist vermerkt, dass er der 1. Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, der Vorsitzende

der Landesleitung Berlin der SED, Stellvertreter des Innenministers der DDR, langjähriges Mitglied der Volkskammer der DDR und schließlich Vorsitzender der FDGB-Fraktion im DDR-Parlament war. Nur 1953 gab es einen Knick in seiner sonst so geradlinigen Biographie. Jendretzky geriet in Verdacht, zu den sozialismusoppositionellen Kräften zu gehören, wurde aber rehabilitiert.

Auch zu Potsdam hatte Hans Jendretzky politische Beziehungen. Seine Rede auf der Potsdamer Maikundgebung 1948 vor 35.000 Teilnehmern war nicht die erste Begegnung mit der Stadt. Bereits 1924 war er in Nowawes bei der Gründung des Roten Frontkämpferbun-



des (RFB) dabei und orientierte auf die künftigen Aufgaben. Auf die Gründung des RFB in Nowawes weist übriges eine Gedenktafel am Restaurant Hiemke in der Karl-Gruhl-Straße hin, die am 30. Mai 1974 enthüllt worden ist.

„Der Tod lauert, verhütet Unfälle!“

Der Arbeitsschutzwettbewerb 1947

Juli 1947

„Um uns selber müssen wir uns selber kümmern...“, hieß es 1947 im Aufbauolid Brechts. Das galt insbesondere für die Wiederingangsetzung der Produktion und damit für die Verbesserung der Lebensbedingungen. Dabei wurde von Beginn an der Arbeitsschutz nicht außer acht gelassen. So ist das Ministerium für Arbeit und Soziales der Mark Brandenburg Träger eines Wettbewerbs um das

beste Plakat und den besten Vers zu Unfallverhütung am Arbeitsplatz. Am 11. Juli 1947 erfolgt die öffentliche Auswertung. Offensichtlich trafen die eingereichten Arbeiten nicht ganz das gewünschte Ziel, denn es wurde kein 1. Preis vergeben.

Der 2. Preis für das Plakat „Unfälle fesseln deine Arbeitskraft“ geht an H. Schindler in Potsdam-Sacrow, der 3. für „Der Tod lauert, verhütet Unfälle“ an Hu-

bert Globisch (später namhafter Maler und Graphiker) in Potsdam. Ein 4. und 5. Preis wird ebenfalls vergeben. So außerordentlich groß war die Beteiligung, dass sogar Trostpreise vergeben wurden.

Auch hatten die Arbeiten einen praktischen Nutzen. Sie wurden in der Arbeitsschutz- und Unfallverhütungswoche der Mark Brandenburg vom 25. – 30. August 1947 als mahnende Hinweise genutzt.

Die ersten Herder-Medaillen in Potsdam

Juli 1957

Zu dem breit gefächerten Ensemble der staatlichen Auszeichnungen der DDR gehörte auch die „Johann-Gottfried-Herder-Medaille“. Vergeben wurde sie an Schülerinnen und Schüler, die besondere Leistungen im Fach Russisch nachweisen konnten. Aber auch Lehrer, die sich herausragende Verdienste um das gleiche

Unterrichtsfach erworben hatten, konnten Träger dieser Medaille werden. Gestiftet wurde sie 1957 zum 10. Jahrestag der Gründung der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft. Eingepasst war diese Medaille also in die Bemühungen, zwischen den Bürgern der DDR und dem Bruderland Sowjetunion

engste Verbindungen zu knüpfen. Am 10. Juli 1957 wird diese Medaille erstmalig in Potsdam verliehen. Die Medaille in Gold erhalten: Christel Klausning (Schule 6), Bärbel Peukert (Schule 7), Guntraud Bendel (Schule 8), Hannelore Schulz (Schule 14), Erika Wehrberger (Schule 19) und Regine Priese (Schule 25).

Helmut Nier zum 5. Todestag

Juli 2002

Vor fünf Jahren, am 26. Juli 2002, verstarb der Komponist Helmut Nier. Er gehörte zu den bekanntesten Komponisten der DDR. Vor allem als Schöpfer von Filmmusiken machte er sich einen Namen. Der am 19. 11. 1919 Geborene fand früh den Weg zur DEFA. Er schrieb u.a. für folgende Filme die Musik: „Senta auf Abwegen“ (1959), „Maibowle“ (1959), „Septemberliebe“ (1961), „Die Glatzkopfbande“ (1963), „KLK an PTX – Die Rote Kapelle“ (1971), „Die Bilder des Zeugen Schattmann“ (1972) und „Die Gerechten von Kummerow“ (1982).





Mitglieder der Stadtfraktion wie Dr. Karin Schröter (l.) unterstützen die Senioren. Siehe Interview unten.



Gäste auf der Klausurberatung der Stadtfraktion DIE LINKE. (21. und 22. Juni) waren die Bau-beigeordnete Dr. Elke von Kuick-Frenz sowie Karin Juhasz, Bereich Stadterneuerung. Die Beigeordnete informierte hier u. a. über das Scheitern des Niemeyer-Spaßbades.

Viele Informationen und „warme Semmeln“

Interview zur Brandenburgischen Seniorenwoche

Die diesjährige Brandenburgische Seniorenwoche fand im Juni auch in unserer Landeshauptstadt statt. Wir trafen am 8. Juni im Potsdamer Stern-Center an einem der Informationsstände den Sprecher der AG Seniorenpolitik beim Kreisvorstand der Linkspartei.PDS, Prof. Dr. Horst Klett.

Dr. Klett, die Seniorenwoche fand in diesem Jahr bereits das 14. Mal statt. Sie wurde traditionsgemäß vom Seniorenbeirat der Stadt mit großer Unterstützung der Stadtverwaltung durchgeführt. Worum ging es in diesem Jahr?

Dr. Klett: Das Motto lautete in diesem Jahr „Sozial sicher, aktiv leben – heute und morgen“. Und dieses Motto umreißt eigentlich das gesamte Spektrum dessen, worüber die BürgerInnen – nicht nur SeniorInnen – informiert wurden. Bereits am Eröffnungstag war großes Interesse vorhanden.

Wer stand den BürgerInnen Rede und Antwort?

Dr. Klett: Beim Start am Info-Tag im Stern-Center waren das, neben den kulturellen Höhepunkten, die Stadtverwaltung, die Wohlfahrtsverbände und Seniorenvereine, die Seniorengruppen der Parteien – also auch unsere AG Seniorenpolitik -, Gewerkschaften, Berufsverbände sowie Träger von Einrichtungen der Altenhilfe. An unserem Stand hatten wir große Unterstützung von Abgeordneten unserer Stadtfraktion.

Im Stern-Center war der Auftakt. Wie ging es weiter?

Dr. Klett: Dann fanden in der Woche und darüber hinaus eine Vielzahl von Veranstaltungen der oben Genannten statt. Das ging u. a. von einem Eröffnungskonzert im Nikolaisaal über Mitsinge- und

Tanzveranstaltungen, dem Senioren-Stammtisch bis hin zur Dampferfahrt und einem Abschlusskonzert in der Kirche St. Peter und Paul. Bei uns lief z. B. im Haus Alleestraße am 12. Juni eine Lesung mit Filmvorführung mit dem Potsdamer Sozialisten Walter Ruge.

Welche Fragen und Probleme standen speziell im Stern-Center am Linkspartei-Senioren-Infostand im Mittelpunkt des Interesses der Besucher?

Dr. Klett: Großen Zuspruch fand die Volksinitiative „Für ein Sozialticket in Brandenburg“. Der Dauerbrenner waren natürlich die Angleichung des Rentenwertes Ost und alles, was die Gesundheitsreform bescherte. Unsere PDS-Kugelschreiber gingen weg wie „die warmen Semmeln“, denn seit 16. Juni tragen wir einen neuen Namen: DIE LINKE.

Leerstand, Abriss und „Schnapsidee“ – doch wie weiter?

Mit dem Neubau des ORION am Johannes-Kepler-Platz und seine überwiegende Nutzung als REWE-Kaufhalle war für diese die bisherige Minimal-Kaufhallennutzung beendet.

Nun stellt man sich ja vor, dass es dann Überlegungen gibt, was mit dem leerstehenden Gebäude anschließend passiert. Ein kurzes Intermezzo als Möbelhalle war bald vorbei. Wie weiter? Wer übt zwischenzeitlich die Verkehrssicherung aus - einmal hat es ja schon gebrannt, die Außenwände sind beschmiert, für spielende Kinder eine Unfallgefahr etc. Grund also, durch die Fraktion der Linken. PDS in der Aprilsitzung der Stadtverordnetenversammlung den Antrag einzubringen, den Herrn Oberbürgermeister zu beauftragen, bei REWE nach-

zufragen, was es dort für Vorstellungen für die weitere Nutzung gibt.

Um den Oberbürgermeister bei seinen Bemühungen um eine sinnvolle Nutzung zu unterstützen, habe ich bei der Einbringung des Antrages entsprechende Vorschläge gemacht: So könnte man die Halle für eine sportliche Nutzung ohne allzu großen Aufwand herrichten. Die Lösung könnte so aussehen, dass die gegenüberliegenden Schulen die Halle sogar als Aula nutzen könnten... Der Vorschlag wurde von einer anderen Fraktion, die die Halle lieber abreißen will, als „Schnapsidee“ verworfen.

Inzwischen nimmt die „Schnapsidee“ Gestalt an: Ein Investor, der finanziell und fachlich in der Lage

wäre, hat sich bei mir mit Bitte um Unterstützung gemeldet.

Ihm schwebt vor, mindestens 12 Bowlingbahnen einzubauen und mit Snackbar und anderem Drumherum zu betreiben. Ich habe die Frau Baubeigeordnete darauf aufmerksam gemacht und darum gebeten, sobald sich REWE gemeldet hat, die Halle zum Kauf oder zur Pacht freizugeben, sie dann den Interessenten vorzustellen, damit die Stadt ihre Vorstellungen artikulieren kann. Der Leerstand muss also kein Dauerzustand sein, ein Abriss wäre keine Lösung, würde die Stadt sicher in 7-stelliger Höhe belasten.

Dieter Scharlock

Die Linke.PDS hatte in der April-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung den Vorschlag eingebracht zu beschließen, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die Aufnahme des Wandbildes „Schwebendes Paar“ am Gebäude Jon.- Kepler- Platz 3, in dem der STIBB für die Kids agiert, in die Denkmalliste und Maßnahmen zu dessen Schutz vor dem weiteren Verfall zu veranlassen. Ich hatte der Fraktion diesen Antrag vorgeschlagen und ihn damit begründet, dass für viele Bewohner und Besucher des Wohngebietes Am Stern dieses Kunstwerk Identifikation für den Stern ist. Um 1980 wurde das Kunstwerk durch Karl und Bruno Raetsch in einer Größe von 12,00 m x 3,70 m in Emailletechnik auf Metallplatten ausgeführt. Nach 1990

Kunst am Bau?

wurden durch Randalierer Metallplatten eingetreten und teilweise aus ihrer Verankerung gerissen, zwischenzeitliche Schmierereien auf den Platten wurden durch den KIS als Verwalter des Gebäudes kurzerhand beseitigt. Der Rest bleibt Trümmer...

Auf eine Anfrage an die Stadt gibt es die Antwort, dass es sich bei dem Wandbild um ein „Kunstwerk im öffentlichen Raum“ handelt, dass es aber seit 1999 eine Festlegung gibt, „... das Bild im Zustand zu belassen und es dem kontrollierten Verfall anheim zu stellen...“! Wenn dies keine Bilderstürmerei ist, müsste der Begriff neu definiert

werden... Wie geht es mit dem Wandbild in Potsdam denn nun weiter, in einer Stadt, die sich mit Stadtschloss, Garnisonkirche etc. ach so kunstsinnig gibt. Mein Stoßgebet lautet: Ach, wenn man nur beweisen könnte, dass einer der Hohenzollern bereits an dieses Wandbild gep... hat...

So fühlte sich der Bauausschuss, an den der Vorgang auf eigenen Vorschlag zur Behandlung überwiesen wurde, nicht für zuständig. Der Kulturausschuss war dafür die Verwaltung zu beauftragen, von Fachleuten den künstlerischen Wert und die Möglichkeit der Unterschutzstellung des Wandbildes überprüfen und Kosten feststellen zu lassen... Ist diese Geschichte nicht für Potsdam beschämend?

Dieter Scharlock



Gemeinsam zum Erfolg führen

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg in der SVV zum Antrag der Linkspartei „Einrichtungshaus auf Brache in Drewitz“

Über die Brache in Drewitz ist in der SVV schon in vielfältigen Zusammenhängen gesprochen worden. Einig waren und sind sich alle, dass auf dieser zentralen Fläche inmitten der Wohngebiete Am Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld endlich etwas passieren muss. Nach dem Scheitern der von der Bevölkerung getragenen Pläne für einen Freizeitpark bestand die Gefahr, dass das Areal noch lange als Brache bestehen bleibt und immer mehr zum öffentlichen Ärgernis wird. Ich darf daran erinnern, dass wir ständig darauf gedrängt haben, die Entwicklung dieser Brache von einem Randproblem zu einem Schwerpunkt der Stadtentwicklung zu machen. Das ist mit einem Sommercamp und dem Masterplan für die drei Wohngebiete zumindest gedanklich geschehen. Mit diesen Aktivitäten ist die besondere Bedeutung der Fläche um die ehemalige Brotfabrik und die hohe Erwartungshaltung der Bevölkerung unterstrichen worden.

Mit dem Beschluss zur Aufstellung eines B-Planes, der Ende Januar 2007 gefasst wurde, sind die Planungen für einen Baumarkt definitiv beendet worden. Wir waren uns aber darüber im Klaren,

dass die Ziele für einen solchen B-Plan sehr anspruchsvoll sind und nur über einen langen Zeitraum zu realisieren wären.

Zwischenzeitlich ist jedoch eine neue Situation entstanden. Mit der Interessenbekundung des Unternehmens „PORTA“ zum Bau eines großen Einrichtungshauses haben wir die Chance, innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes zu einer erfreulichen Lösung zu kommen.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat bisher kein solches Einrichtungshaus. Insofern kann mit dieser Ansiedlung eine Lücke geschlossen und das Einzelhandelsangebot auch mit überregionaler Wirkung abgerundet werden. Kaufkraft, die jetzt noch abfließt, kann künftig in der Stadt gehalten werden. Und schließlich ist eine Investition von mindestens 30 Millionen Euro und die Schaffung von etwa 250 Arbeitsplätzen einschließlich von Ausbildungsplätzen wahrlich kein Pappenstiel. Wir haben es für richtig gehalten, diese Überlegungen zuerst mit den Bewohnern vor Ort auszutauschen und ihre Meinung einzuholen. Es ist erfreulich, dass es darauf durchweg positive Reaktionen gibt und eine

solche Ansiedlung als echte Bereicherung angesehen wird.

Auf dieser Grundlage sollten wir zügig vorangehen. Deshalb liegt Ihnen heute ein Antrag der Fraktion DIE LINKE.PDS und der CDU-Fraktion vor, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt wird, im Gespräch mit PORTA die notwendigen Voraussetzungen für einen städtebaulichen Vertrag zu schaffen. Bei gutem Willen, und den setze ich auf beiden Seiten voraus, müsste es möglich sein, dass wir nach der Sommerpause über eine entsprechende Vorlage entscheiden können. Wir haben bewusst darauf verzichtet, einzelne inhaltliche Vorgaben zu machen, da mit dem städtebaulichen Vertrag für den Baumarkt bereits ein entsprechender Vorlauf vorhanden ist.

Nach den Versäumnissen der Vergangenheit sollten wir gemeinsam versuchen, das Vorhaben zum Erfolg zu führen. Wenn uns das gelingt, könnte das Einrichtungshaus schon im nächsten Jahr seine Pforten öffnen.

NACHTRAG: Die Stadtverordneten stimmten dem Antrag der Linkspartei.PDS mehrheitlich zu.

„Einer für alle“ oder „Jeder für sich“?!

Dort wo Kinder spielen, sollte es jedenfalls stets sauber sein. Ich hoffe deshalb, dass verdreckte Kinderspielplätze – so wie jener in der Newtonstraße am Stern, dem Campus gegenüber – in Potsdam eine Ausnahme sind. Jeder weiß, Kinder sind neugierig, heben alles auf, um den Dingen auf den Grund zu gehen. Und kleine Kinder stecken eben deshalb auch allen aufgehobenen Dreck in den Mund. Und das nicht nur auf den Spielplätzen.

Sicher auch die Stadtquartiere am Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld sind – Gott sei Dank – keine verdreckten Wohngebiete. Aber Dreckecken gibt es hier leider auch allemal: überquellende Abfallbehälter, verschmutzte Grün- und Verkehrsflächen, Sitzbänke, auf denen sich Abfall „wohlfühlt“. Es ist an der Zeit, dies zu ändern. Doch nach wie vor ist die Devise des Reinigungsmanagements der Stadtverwaltung nicht „Einer für alle“. Stattdessen handeln die von der Stadtverwaltung eingesetzten Verantwortlichen nach dem Motto: „jeder für sich“ und ggf. „alle gegen alle“. In der Praxis könnte das so aussehen: Die STEP kehrt „ihre“ Straßen und schleudert so nebenbei Schmutz auf die nicht von ihr zu reini-

genden Grün- und Verkehrsflächen; das Grünflächenamt wiederum säubert Grünflächen und entleert „ihre“ Abfallbehälter. Dass hierbei Abfallreste Gehwege und Straßen wieder verschmutzen können, ist jedenfalls nicht unwahrscheinlich und sehr wahrscheinlich sogar, wenn die VIP „ihre“ Abfallbehälter in den Haltestellenbereichen entleert. Und so schließt sich der Kreis, wie es übrigens auch von einem Bürger aus dem Wohngebiet Am Stern dem Eingabenausschuss geschildert wurde. Eine versuchte Kommunikation zwischen den Verantwortlichen für die Sauberkeit in der Stadt – wie von der Beigeordneten Ilona Müller auf meine diesbezügliche Anfrage DS 07/SSV/0452 angekündigt – löst das Problem nicht. Abhilfe ist zwingend notwendig. Denn Sauberkeit ist eine Zier insbesondere für eine Tourismusstadt. Deshalb kommt die Stadt nur weiter mit ihr. Abhilfe kann nur die Übertragung der Verantwortung auf einen „Träger“ – und zwar entsprechend der Kompetenz – auf die STEP, schaffen, wie von der LINKEN jetzt beantragt (DS/07/0409).

B. Oldenburg



Mehrgenerationenhaus für Drewitz

Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Potsdams beschlossen

Bereits am 6. März d. J. fand im Alten Rathaus zum INSEK eine öffentliche Diskussion mit Workshops statt. Für den Sozialraum Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld ist unter der Rubrik „Heimatstadt“ für die langfristige konzeptionelle Planung ein Mehrgenerationentreff im Stadtteil Drewitz angedacht und an diesem Abend auch diskutiert worden. Die Maßnahme dieses Projektes muss laut INSEK noch konkretisiert und mit gesamtstädtischen Planungen abgeglichen werden. Wir können nachlesen, dass das Wohngebiet Drewitz über einen geeigneten Treffpunkt, der als Nachbarschaftstreff sowie für die Jugendarbeit und soziokulturelle, generationsübergreifende Angebote zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements genutzt

werden könnte, bisher nicht verfügt. Mit der Maßnahme, so weiter im Text des Entwurfes, soll ein zukunftsfähiges, an dem tatsächlichen Bedarf ausgerichtetes Angebot geschaffen werden. Die Finanzierung soll durch die Stadt unter Hinzuziehung von Dritten erfolgen.

In der Debatte auf dem Workshop am 6. März habe ich darauf hingewiesen, dass wir bereits bis 2002 mit dem Seniorentreff „Dreierlei“, betrieben durch die AWO, ein solches Angebot im Stadtteil hatten. Aus unterschiedlichen Gründen, wurde dieser Treff aufgegeben. Um einem erneuten Scheitern des von allen Beteiligten als erforderlichen angesehenen Angebotes in diesem Stadtteil vorzubeugen, empfahl ich, im Vorfeld weiterer Aktivitäten in Ge-

sprächen mit der AWO sowie Anwohnern von Drewitz die tatsächlichen Bedürfnisse zu erfragen und konzeptionell zu verankern. Welche Bedürfnisse haben die Bewohner, vor allem die Jugendlichen, die sich zahlreich jeden Nachmittag auf dem Ernst-Busch-Platz treffen? Wie können wir sie einbeziehen, um dem Treff ein Gesicht zu geben? Diese und sicher viele andere Fragen müssen vor einer Entscheidung in Fortschreibung des INSEK für dieses konkrete Projekt beantwortet werden. Im Interesse des Stadtteiles wird die Fraktion DIE LINKE. den Fortgang der Maßnahme genau begleiten.

„Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept wird Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns. Das Konzept wird jährlich überprüft und aktualisiert, dabei wird die Öffentlichkeit an der Fortschreibung beteiligt.“ (Auszug Beschlusstext DS 07/SVV/0141)

Jana Schulze
Stadtverordnete DIE LINKE.



Überflüssig

In der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2007 stellte die CDU-Fraktion einen Antrag, dass das Parken auf dem Marktplatz im Stadtteil Kirchsteigfeld zeitlich zu beschränken ist. Die Parkzeiten, so die CDU, sollten sich an den Öffnungszeiten des MeMa-Supermarktes orientieren.

Trotz Hinweisen der Fraktion DIE LINKE wurde der Antrag in den Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft überwiesen. Überflüssig, denn die Bürgerinitiative hat sich bereits zu Beginn dieses Jahres mit einem Schreiben an die Beigeordnete am Umwidmungsverfahren beteiligt und eben diese Forderung aufgemacht. In einem Gespräch mit Frau von Kuick-Frenz und dem zuständigen Mitarbeiter in der Stadtverwaltung, Herrn Steffens, wurde zugesichert, dass mit dem Abschluss des Verfahrens eben diese Forderung zum Juli 2007 umgesetzt werden wird. Bereits im Mai haben wir auch darauf hingewiesen, dass das zuständige städtische Ordnungsamt zu Beginn der offiziellen Nutzung des Marktplatzes als zeitlich begrenzter Parkplatz (max. 2 Stunden zu den Öffnungszeiten von 7 – 20 Uhr) verstärkte Kontrollen durchführen soll, um einer unzulässigen Beparkung außerhalb dieser Zeiten vorzubeugen.

Wir möchten Sie, liebe Anwohner rund um den Marktplatz bitten, doch vor allem in den Nachtzeiten und am Wochenende darauf zu achten, dass unser Marktplatz nicht zum Dauerparkplatz wird. Wollen wir doch neben dem Zugeständnis an die Handelseinrichtungen mit dieser temporären Nutzung des Platzes auch die Möglichkeit wahren, den Platz weiterhin für Veranstaltungen nutzen zu können.

Vielen Dank,
Ihre BI im Kirchsteigfeld

Die Bürgerinitiative im Kirchsteigfeld wurde von Anwohnern darauf aufmerksam gemacht, dass Nutzer der Ausgabestelle der Potsdamer Tafel während der Wartezeiten ihre Bedürfnisse an den Wänden umliegender Häuser und Einrichtungen verrichten. Daraufhin hat sich ein Mitglied der Bürgerinitiative mit der Kirchengemeinde in Verbindung gesetzt und auf kurzem Wege Abhilfe geschaffen. Die Wartenden können seitdem die Toiletten der Kirche und des Stadtteilladens nutzen, wie uns in einem Telefonat von den ehrenamtlichen Ausgabehelferinnen der Ta-

Zu spät

fel und dem Pfarrer, Herrn Neumann, bestätigt worden ist.

Der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung können wir auf diesem Wege für künftige parlamentarische Aktivitäten empfehlen, sich nicht auf Kurzberichte von Dritten zu verlassen. Besser wäre, wenn ein Vertreter der Fraktion es ermöglichen könnte, an den Beratungen der Bürgerinitiative im Kirchsteigfeld persönlich teilzunehmen.

Der von der CDU-Fraktion eingebrachte Antrag kann sofort im Aus-

schluss für Umwelt, Ordnung und Landwirtschaft, wohin er am 6.6.07 überwiesen wurde, zurückgezogen werden. Soweit unsere Empfehlung an die Fraktion. Wir hätten es begrüßt, wenn sich die Fraktion der CDU in ihrem Engagement im Stadtteil dafür eingesetzt hätte, dass die Nachnutzung der Stadtteilbibliothek durch den Hort „Feldmäuse“ unkomplizierter und schneller hätte durchgesetzt werden können. Nun ist auch dort ein Eingreifen von Ihrer Seite nicht mehr notwendig.

BI Kirchsteigfeld

Neue Sonnenhäuser im Kirchsteigfeld

Grüne Lunge direkt vor der Haustür, mediterranes Flair beherrschten bisher die Clara-Schumann-Straße. Alle Bewohner wussten, irgendwann wird auch diese Fläche einer Bebauung zugeführt. Nun ist es also soweit. Aber nicht sofort! Potsdam ist ein begehrter Wohnort für Familien mit Kindern geworden. Unweit der Bundeshauptstadt Berlin suchen Eltern Wohnraum und für ihre Kinder Betreuungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten. Dies und die Nachfrage des Investors war für die Verwaltung Anlass, der Stadtverordnetenversammlung im März 2007 einen Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des B-Planes Nr. 18 zur Diskussion und Verabschiedung vorzule-

gen. Der Ausschuss für Stadtplanung/Bauen hat nach Diskussion sein okay gegeben und auch die Stadtverordneten sahen keinen Anlass, dieser Änderung eine Absage zu erteilen. Zeitlich wird nun voraussichtlich noch in diesem Jahr ein geänderter Entwurf zum B-Plan vorgelegt, der nach Auslegung und Anhörung bei den zuständigen Behörden durch die Stadtverordneten verabschiedet wird. Ziele der Planung sind die Nachverdichtung des vorhandenen Wohngebietes Kirchsteigfeld die Versorgung der Bevölkerung mit bedarfsgerechtem Wohnraum entsprechend der Nachfrage der Bevölkerung (siehe oben). Es soll ein städtebaulich harmonischer

Übergang vom mehrgeschossigen Wohnungsbau nördlich des zu ändernden Gebietes zum dörflich geprägten Einfamilienhausbau des Ortsteils Drewitz geschaffen werden. Die Erschließung soll dabei über das vorhandene zu ergänzende öffentliche und private Straßennetz erfolgen. Die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam wird ein wachsames Auge auf die Entwicklung haben und vor allem darauf achten, dass die Bürgerinitiativen in Drewitz und im Kirchsteigfeld sich an dem Verfahren beteiligen können.

Jana Schulze
Stadtverordnete DIE LINKE.

Frühjahrsputz im Kirchsteigfeld

Am 31. März 2007 trafen sich die Mitglieder der Bürgerinitiative Kirchsteigfeld zum Frühjahrsputz am Marktplatz. Unterstützung erhielten wir von Allod und den Hausmeistern des Kirchsteigfeldes. Leider hatten sich nur wenige Bewohner des Kirchsteigfeldes für unsere Aktion entschieden. Ausgerüstet mit

Handschuhen, Besen, Harken und Mülltüten machten wir uns über den Dreck des Marktplatzes und der angrenzenden Grünanlagen her.

Unser Hauptaugenmerk lag aber auf dem Müll im und am Hirtengraben. Wir holten aus dem Hirtengraben Zeitungs-

pakete, Weihnachtsbäume, Teppichreste, Computer, Drucker, Schnapsflaschen, Kanister und viele andere Dinge. Uns machte dabei besonders betroffen, wie diese grüne Oase als Müllhalde missbraucht wird. Natürlich ist uns dabei auch bewusst geworden, dass der Hirtengraben und der Teich dringend Hilfe benötigen. ..., offenbar ist der Bedarf schon von der Stadtverwaltung Potsdam erkannt worden.

Nach 2 1/2 Stunden unseres Einsatzes war der von Allod zur Verfügung gestellte Container mehrmals mit Müll gefüllt worden.

Nach getaner Arbeit trafen wir uns bei herrlichem Sonnenschein im Jugendclub OFF LINE zum Grillen und Durstlöschchen. Auch Jugendliche von OFF LINE hatten den Vormittag zum Säubern ihres Umfeldes genutzt. Gemeinsam klang dann unser Frühjahrsputz aus.

Diesen Frühjahrsputz würden wir gern 2008 wiederholen und uns über tatkräftige Mitstreiter freuen. Aber vielleicht wäre es auch nicht nötig, wenn alle Bewohner des Kirchsteigfeldes ihren Müll ordnungsgemäß entsorgen und somit zu einem gepflegten Wohnumfeld beitragen würden.

Elke Reichelt, Sprecherin
der Bürgerinitiative




NICHTS BEWEGT SIE WIE EIN CITROËN

AUTOHAUS THONKE GmbH
Alt Nowawes 44/46, 14482 Potsdam

Tel. 0331/70 73 16 und 748 18 69
Fax: 0331/784 27 48

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 07.00 bis 18.00 Uhr, Sa 09.00 bis 11.45 Uhr

Typenoffene Werkstatt ■ Bremsen, Auspuff, Stoßdämpfer ■ Glasreparaturen
Reifendienst ■ Hauptuntersuchung ■ Abgastest ■ Klimaanlage-Service

Citroën-Vertragswerkstatt
Tradition seit 1910

E-Mail: thonke@autohaus-thonke.de
Internet: www.autohaus-thonke.de

Gegen das Vergessen und Verdrängen

Aus der Tätigkeit des Arbeitskreises „Sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe“ der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. / Von Dr. Wolfgang Ditting

Am 1. Mai 1945, 21.30 Uhr Moskauer Zeit, erhielt die 5. sowjetische Stoßarmee den Befehl, zum 2. Mai „frische Sturmabteilungen“ aufzustellen und das Zentrum Berlins zu nehmen. Der Sturmangriff der Roten Armee sollte nach einer von 8 Uhr einsetzenden Luftvorbereitung um 10.15 Uhr beginnen. Das erwies sich in den frühen Morgenstunden des zweiten Maitages als überflüssig, wie aus der Meldung des 4. Korps der 8. Gardarmee deutlich wird. „Um 04.00 Uhr fing die Funkstation der Division einen Spruch in russischer Sprache der deutschen Funkstation ... auf, in dem es hieß: Hallo hier spricht das LVI. Panzerkorps. Wir bitten, das Feuer einzustellen. Bis 12.50 Uhr Berliner Zeit entsenden wir Parlamentäre zur Potsdamer Brücke ... Erbitten Antwort.“ Weiter wurde gemeldet, „am 02.05.45, 05.00 Uhr gab der Gegner im Abschnitt (dieses Verbandes) den Widerstand auf und begann sich in Gefangenschaft zu begeben ... Lediglich einzelne versprengte Gruppen lieferten ungeordnete Feuergefechte.“ Das Ende des Dritten Reiches in Berlin war chaotisch, da der Zeitpunkt bis zur Beendigung der Feindseligkeiten relativ spät gelegt wurde. Stadtkommandant General Weidling ging wenige Minuten vor 6 Uhr auf dem Gefechtsstand Generaloberst Tschuikows in Gefangenschaft. Die allgemeine Kapitulation sollte in den Mittagsstunden erfolgen. In den Bereichen, die in Richtungen lagen, die zu den Linien der Westalliierten führten, kam es aber immer wieder zu Gefechten. Kampfhandlungen mit Personen, die durchzubrechen versuchten, zogen sich noch bis etwa zum 5. Mai hin. Und der Opfergang der sowjetischen Befreier hielt unvermindert an. Wer kennt ihre Namen, wer ihre letzte Ruhestätte?!

Diesem Problemkreis widmet sich seit rund 10 Jahren unser Arbeitskreis „Sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe“ der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e. V. Die sowjetischen Gräberstätten und Ehrenmale in Deutschland stellen in ihrer Gesamtheit eine aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangene, weitgehend authentische und unteilbare Topographie dar. Sie nehmen in der demokratischen und humanistischen Gedenkkultur unseres Volkes einen gleichrangigen Platz wie die KZ- und anderen Gedenkstätten an die Opfer des Faschismus ein. Ihre Erhaltung und Pflege ist für das heutige Deutschland eine selbstverständliche Kulturaufgabe und eine in internationalen Verträgen verankerte völkerrechtliche Verpflichtung. Für die Bürger der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, insbesondere die Hinterbliebenen der Opfer, wird ihre Erfüllung als gewichtiger Prüfstein für die Aufrichtigkeit deutscher Absichtserklärungen über Frieden, gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit bewertet. Für uns sind diese Gräber-



Dr. Ditting auf dem Friedhof an der Michendorfer Chaussee

stätten und Denkmale zudem eine unerschöpfliche Quelle historischer Erkenntnis und Erfahrung, in der rationale Erfassung historischer Tatsachen und emotionale Erfassung persönlicher Schicksale zusammenfließen. Unser Arbeitskreis erlebt dies in seiner ehrenamtlichen Tätigkeit. Wir begleiten die Vorgänge um die sowjetischen Ehrenmale und Friedhöfe in Brandenburg und unterstützen im Auftrag von Bürgern und Organisationen der GUS-Staaten die Suche nach Gräbern sowjetischer Bürger hierzulande. Unser Bestreben ist es vor allem, das Andenken an die sowjetischen Opfer des Faschismus und des Krieges zu pflegen und dem Vergessen und Verdrängen entgegenzuwirken. Mehr als 550 Gräber sowjetischer Bürger konnten so in den letzten zwei Jahren in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit den staatlichen und kommunalen Behörden ermittelt und den Rot-Kreuz-Gesellschaften der Russischen Föderation und der Ukraine entsprechende Auskunftsbereiche übergeben werden. Jedes zu bearbeitende Auskunftersuchen enthält die Schilderung eines tragischen Schicksals und zwingt zum Eindringen

in geschichtliche Abläufe und Zusammenhänge der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Beispielhaft hierfür soll eine Episode Erwähnung finden, die uns kürzlich beschäftigte: Bei Erkundungsarbeiten auf dem sowjetischen Garnisonfriedhof Potsdam, Michendorfer Chaussee, der 1946 auf Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 117 angelegt wurde und gegenwärtig einer denkmalgerechten Restaurierung unterzogen wird, stießen wir in einem Gräberfeld sowjetischer Militärgräber aus den 70er Jahren auf eine Grabtafel von ungewöhnlichem Format, die bereits von Pflanzen überwachsen war. Nach erfolgter Freilegung erwies sie sich als Grabmal eines Gemeinschaftsgrabes von 32 Sowjetsoldaten, die aus Güterfelde dorthin umgebettet worden sind. Die Erforschung des zeitgeschichtlichen Hintergrundes ergab, dass es sich bei den Toten um Angehörige des 359. Flak-Regiments des 10. Garde-Panzerkorps der 4. Garde-Panzerarmee handelt, die in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945 auf dem Wege nach Babelsberg Opfer eines Ausbruchversuchs versprengter Wehrmachtstruppen aus dem Raum Berlin-Wannsee geworden waren und damals in einer provisorischen Kriegsgräberstätte im Bereich der heutigen Kreuzung am Güterfelder Eck begraben worden sind. Die Wehrmachtangehörigen, die das Massaker unter Bruch der bereits rechtsgültigen Kapitulation angerichtet hatten (s. o.), wurden kurz darauf bei Schenkenhorst gefangengenommen. Die Grabstätte der Rotarmisten geriet offenbar in Vergessenheit, wurde bei den Bauarbeiten zur Errichtung der Nuthe-Schnellstraße wiederentdeckt, und die sowjetischen Soldaten erhielten auf dem Garnisonfriedhof in der Michendorfer Chaussee eine würdige Grabstätte. Bereits in der Vergangenheit hatten wir mehrere Auskunftersuchen nach Gräbern gefallener sowjetischer Soldaten im Raum Güterfelde erhalten, die seinerzeit nicht geklärt werden konnten, weil die Grabstätte weder bekannt noch auffindbar war. Heute können wir der Grabstätte auf dem Potsdamer Garnisonfriedhof zweifelsfrei sechs Sowjetsoldaten zuordnen, deren Grabstätten bisher nicht bekannt waren. Auf diese Weise kann nach 62 Jahren ihr Schicksal der Vergessenheit entrissen werden.

Sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe

27 Millionen Bürger der ehemaligen Sowjetunion - Militärangehörige und Zivilisten - verloren im Krieg gegen das faschistische Deutschland ihr Leben. Mehr als 750 000 von ihnen ruhen in mehr als 1000 sowjetischen Gräberstätten in Deutschland. Es sind sowjetische Opfer der Kriegs- und Nachkriegszeit: der Verschleppung, Ausbeutung und Ermordung mehrerer hunderttausend Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter in den Jahren 1941 bis 1945, die mit ca. 600000 den Hauptanteil der in Deutschland ruhenden Sowjetbürger bilden; der Kämpfe der Berliner und Prager Operation der Roten Armee im Frühjahr 1945, die mehr als 100000 sowjetischen Soldaten das Leben kostete; zahlreicher sowjetischer Militärangehöriger, die im Zeitraum zwischen dem 2. Juli 1945 und dem 1. August 1952 in Militärhospitälern ihren Kriegsverletzungen erlagen und in deutscher Erde bestattet wurden, sowie der Tätigkeit der Sowjetischen Militäradministration und der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland zwischen 1945 und 1994, während der etwa 17000 sowjetische Bürger - Militärangehörige und Zivilpersonen - infolge von Unfällen und Krankheiten verstarben und in Deutschland bestattet wurden. Die Gräberstätten reichen von Stukenbrock (Nordrhein-Westfalen) mit mehr als 66000 Kriegsgefangenen, Bergen-Belsen (Niedersachsen) mit mehr als 50000 Kriegsgefangenen über die Gedenkstätte auf den Seelower Höhen mit schätzungsweise 25000 Gefallenen, die Gedenkstätten in Berlin-Treptow, -Schönholz und -Tiergarten mit insgesamt etwa 20000 Gefallenen bis zu Einzelgräbern sowjetischer Soldaten, Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter auf deutschen Friedhöfen.

Programmdebatte und historischer Materialismus

In der Maiausgabe las ich auf der Forum-Seite folgende kühne Behauptung (Beitrag von Torsten Engel): „Trotz seiner (Marxens) bisher unerreichten Kapitalismuskritik darf jedoch ‚nicht unterschlagen werden, dass Marx auch irrte. Zu seinen Irrtümern zählt der historische Materialismus.‘ (Hervorhebung durch P.S.)

Interessant erscheint mir sodann die Begründung dieser kühnen These. Marx hätte aus einer stetig wachsenden Kluft zwischen arm und reich eine wie auch immer geartete Zwangsläufigkeit bzw. Automatismus des Untergangs des Kapitalismus abgeleitet. Wahr ist, dass im historischen Materialismus bzw. seiner dialektischen Geschichtsauffassung überhaupt keine Zwangsläufigkeiten oder Automatismen im historischen Prozess postuliert sind, sondern Bewegungen im historischen Ablauf von Gesellschaften nur möglich sind, wenn grundlegende gesellschaftliche Widersprüche im Rahmen der bestehenden Ordnung nicht mehr zu lösen sind und wenn sich gleichzeitig die gesellschaftlichen Akteure in Gestalt von Volksmassen fanden, durch die diese Widersprüche zu lösen waren. Des Weiteren beinhaltet der historische Materialismus eine weitere methodische Grundlinie, die sowohl für die Analyse bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse als auch für deren Umgestaltung wichtig ist. Das betrifft die Sicht auf das Verhältnis und die Wechselwirkungen von ökonomischen, politischen, kulturellen, sozialen und geistigen Beziehungen. In dieser Wechselwirkung bilden die ökonomischen Beziehungen die grundlegenden, die Basisbeziehungen jeder Gesellschaft. Deshalb spielt im Diskussionsprozess gerade auch der Linken die Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln bzw. die Verfügungsgewalt über sie eine entscheidende Rolle.

Marx hat die Entwicklungsmöglichkeit der Gesellschaft hin zu einer sozial gerechten Gesellschaft, die für ihn ein sozialistisches Gemeinwesen war, nicht auf die Eigentumsfrage (Besitz oder Verfügungsgewalt an den wichtigsten Produktionsmitteln, den Naturreichtümern und der Infrastruktur) verengt, wie ihm das heutige Kritiker vorwerfen. Aber die Überführung dieses Eigentums in Gemeinbesitz bzw. in eine gesellschaftliche Form

(nicht zu verwechseln mit Staatseigentum, das eine unter mehreren möglichen Formen darstellt) war für ihn grundlegend, wenn auch nicht hinreichend für die Lösung vor allem der Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Überwindung der gewaltigen Kluft zwischen arm und reich und damit der Schaffung von Chancengleichheit bei der Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Leben (soziale Absicherung vor allem durch Arbeit, Kultur, Bildung usw.). Dabei spielt Politik im Wechselverhältnis zur Ökonomie und den anderen Bereichen der Gesellschaft eine herausragende Rolle. Sie ist nach K.

Mit den vorgenannten Überlegungen sind nur drei wichtige methodische Theoreme von Marx, Engels und anderen sozialistischen Theoretikern genannt worden: Erstens die Erkenntnis, dass Besitz an den Produktionsmitteln und an Kapital auch deren Verfügungsgewalt mit Hilfe der Politik und anderer Bereiche impliziert und darüber entscheidet, ob der erwirtschaftete materielle und überhaupt der gesellschaftliche Reichtum für die Mehrheit der Bevölkerung eingesetzt wird oder ob sich einen Großteil desselben wenige Reiche aneignen.

Zweitens die Erkenntnis, dass der Politik im Zu-

Quo vadis,

Der Vortrag „Ende der Geschichte? Über die Chancen eines modernen Sozialismus“, den Gregor Gysi am 24.01.07 an der Universität Marburg hielt, entfesselte eine lebhaftige Debatte um Alternativen zum neoliberalen

Zahlenspiele der Bundesagentur

Über dreißig BürgerInnen nahmen am 18. Juni an der monatlichen Montagsdemo in der Landeshauptstadt teil. Jeder zweite davon gehört der jungen Partei DIE Linke an. Das gemeinsam gesungene Brechtsche Solidaritätslied und selbst verfasste Gedichte von Rainer Weigt stimmten die Teilnehmer ein. Im Mittelpunkt stand – wie auf vergangenen Montagsdemos – der Protest gegen den grassierenden Sozialabbau. So prangerte u. a. Donald Gärtner vom Potsdamer Aktionsbündnis gegen Hartz IV die Zahlenspiele der Bundesagentur in Sachen Arbeitslose an. Die von der Agentur ausgewiesenen 3,5 Millionen entsprechen nicht den wahren Zahlen der Erwerbslosen. Denn die Statistik nenne nur die „offiziell gemeldeten“. 820.000 Menschen in Weiterbildung, ABM oder Ein-Euro-Jobs seien nicht berücksichtigt. Ebenso die Vorrüheständler, 210.000 Menschen in kommunalen Arbeitsprojekten sowie 100.000 erkrankte Arbeitslose. Im Verlauf der Veranstaltung nahmen weitere Teilnehmer das Wort. Hier standen solche Fragen im Mittelpunkt wie der jüngste G8-Widerstand, der Telekom-Streik, der Protest gegen Rüstungsexporte und Bundeswehr-Einsätze – um nur einiges zu nennen. *H.J.*

Marx weder der unmittelbare Ausfluss der Ökonomie noch ein völlig selbstständig und unabhängig agierender Teil gesellschaftlichen Wirkens der Akteure; vielmehr spielt sie im Zusammenwirken mit den anderen Bereichen und Ebenen der Gesellschaft eine aktive Rolle. Sie besitzt in diesem Sinne Gestaltungskraft. Deshalb auch die vielfältigen Anstrengungen der Linken (wie auch der anderen gesellschaftlichen Kräfte), zum Beispiel bessere Wahlergebnisse zu erreichen, um in den Parlamenten größeren Einfluss zur Gestaltung der Gesellschaft zu erlangen. Ob es dadurch auch gelingen wird, die Verfügungsgewalt über internationale Konzerne und Banken, über das nationale und internationale Kapital zu erlangen zwecks Gestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft, bleibt gegenwärtig eine noch unbeantwortete Fragestellung. Denn wer sich im Besitz von Produktionsmitteln und Kapital sowie eines großen Teils der politischen Macht befindet, wird diese Positionen kaum freiwillig räumen. Hier eröffnet sich ein noch sehr weites Diskussionsfeld, das in keiner Weise mit dem Hinweis auf den Keynesianismus beantwortet ist, zumal dieser lediglich eine Variante des Kapitalismus bzw. kapitalistischen Wirtschaftens darstellt, deren Umsetzung in Gegnerschaft zum Neoliberalismus meines Erachtens nur einige zeitweise Verbesserungen für die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung erbringen kann.

sammenspiel mit anderen gesellschaftlichen Bereichen gegenüber der Ökonomie und heute auch in Bezug zur Ökologie eine aktive und gestaltende und relativ eigenständige Rolle zukommt.

Drittens die Erkenntnis, wonach K. Marx in der Geschichte der Menschheit keinen Automatismus gesehen hat, sondern als einen Prozess, in dem Widersprüche heranreifen und auf einer bestimmten Zuspitzungsstufe durch das Wirken von Volksmassen und sie leitenden Persönlichkeiten bzw. historischen Personen gelöst werden und neue Widersprüche entstehen, wodurch Geschichte niemals ein abgeschlossener Prozess ist. Es gibt danach kein Ende der Geschichte, sie ist immer offen für neue Entwicklungen.

Diese und andere methodischen und theoretischen Ansätze, die hier aus Platzgründen nicht angeführt werden können, bilden Inhalt und Bestandteil des Historischen Materialismus, dessen Begründer Marx und Engels sind und zu dem andere sozialistische Theoretiker, wie z.B. auch R. Luxemburg und K. Kautzky wichtige Beiträge geliefert haben. Insofern sollte für gegenwärtige und zukünftige demokratische Sozialisten und Sozialistinnen der Historische Materialismus Quelle und Anregung für weiteres Nachdenken bei der Qualifizierung unserer Programmatik sein.

Ring frei oder wir sind wieder bei Marx!

Jeder von uns hat unter unverwechselbaren Bedingungen zu Marx gefunden, sich eine Wertung von Marx erarbeitet, angenommen. Meist war es ein durch Bildung in Schule und Hochschule erworbene. Mancher vor, Mancher in, Mancher nach der DDR. Einige Texte, Textstellen sind fast Allen bekannt. Keiner kennt alle aktuell vorliegenden Texte. Ich denke jede Marxkenntnis ist beschränkt, deren Darstellung noch viel mehr. Jeder hatte und hat seinen oder keinen Marx im Kopf.

Warum spreche ich hier immer von Marx und nicht vom Marxismus? Bei T. Engel geht es um ei-

selbst öffentlich gemacht. Sie haben weitergedacht.

Nun meine Thesen.

Erstens: Das Hauptwerk des historischen Materialismus von Marx ist das „Kapital“

Zweitens: Im engen Wortsinne hat Marx keine Kapitalismuskritik hinterlassen. Das „Kapital“ war eine Kritik der Politischen Ökonomie. Der Begriff Kapitalismus kommt z. B. in den drei Bänden des Kapitals zweimal vor. Wir finden die Worte bürgerliche, moderne, moderne bürgerliche Gesellschaft. Die Aussage, dass der historische Materialismus -

ne Schüler und Propagandisten das getan haben, ist eine andere, hier uninteressante Frage.

Die lange Zeit in der marxistisch-leninistischen Lehre vorherrschende Sicht, die sich aus deren Deutung des Vorwortes zur Kritik der Politischen Ökonomie von 1857 ableitete, ist für mich nicht der ganze Marx. Kritisiert T. Engel hier Marx oder eher unbewusst die lange unter Linken vorherrschende Sicht auf Marx. Texte von Marx, die über dieses Vorwort hinaus gingen, gibt es in großer Zahl. Und übrigens war der historische Materialismus bei Marx immer auch ein sozialer Materialismus. Dazu vielleicht einmal an anderer Stelle, wenn es um die Entwicklung der Auffassungen von Marx gehen könnte. Für mich ist die zu lesende Begründung eher eine Kritik an möglichen Marxverschnitten als am originalen Marx.

Einer der großen Widersprüche mit denen Marx sich lebenslang befasst hat, ist der Widerspruch zwischen den vorgefundenen, objektiven Verhältnissen, den naturgesetzlichen Verläufen und der Kraft, der Aktivität der jeweils handelnden Menschen. Dieser Widerspruch verschwindet nicht. Er bewegt sich historisch und sozial.

„Die Geschichte tut nichts, sie kämpft keine Kämpfe, es ist der handelnde Mensch der die Geschichte macht.“ Sinngemäß so beim jungen Marx. Also auf zur Debatte zu Marx und dann über ihn hinaus. Marx, Engels und Andere gehören für mich zu meiner Identität als Linker, als Mitglied der Partei DIE LINKE. Die unvoreingenommene Erfassung der Gesamtleistung von Marx haben wir nicht hinter uns. Sie steht uns dauerhaft bevor. Alles, was von mir hier zu leisten war, sind Behauptungen in Beziehung gesetzt zum Text von T. Engel. Darüber möchte ich genauso wie über Pro und Contra weiter streiten. In Anlehnung an W. Ruge möchte ich an anderer Stelle meine Sicht zum Marxismus vortragen. Nur so viel hier. Für mich gab und gibt es viele Marxismen. Historisch folgende und zur gleichen Zeit an verschiedenen Orten wirkende in und bei verschiedenen politischen Parteien, z. B. habe ich heute nicht mehr den selben Marx im Kopf wie vor 20 oder 30 Jahren. Ich glaube, es ist heute ein „erweiterter Marx“.

Die Engelssche Bilanz des Werkes von Marx gesprochen an dessen Grab, dass die Menschen zuerst essen, trinken und sich kleiden müssen, halte ich für eine dauerhafte Leistung des historischen Materialismus.

Das war ein Text von Einem der kritisch an Marx hängt!

Wolfgang Preller, Potsdam

Linke?

Kapitalismus, an der sich auch die beiden Potsdamer WALTER RUGE und TORSTEN ENGEL in unserer Maiausgabe mit je einem Textbeitrag beteiligten. Hier weitere Meinungen zu W. Ruge und T. Engel.

nen „Irrtum“ von Marx, nicht um einen des Marxismus. Zum Marxismusbegriff, wie er von W. Ruge verwendet wird, sollte an anderer Stelle gestritten werden. Viel Platz hatte T. Engel nicht, um seine These zu begründen, weshalb der historische Materialismus von Marx ein „Irrtum“ sei. Es sind sechs kleine Zeilen.

Marx und Engels haben viele ihrer „Irrtümer“

oder wie Marx auch sagt die materialistische Geschichtsauffassung - ein Irrtum sei, ist keine Aussage, die sich auf den historischen Materialismus insgesamt bezieht.

Gestützt ist diese Behauptung allein auf das Verständnis von „zwangsläufig“. Marx hat nach meiner Sicht nicht die im Text angenommene Sicht auf historische Zwangsläufigkeiten hinterlassen. Ob sei-

Energiepass für Häuser ist ab dem 1. Januar 2008 Gesetz

Die Europäische Union stellt gerade im Bereich der Zusammenführung ihrer verschiedenen rechtlichen Codexe und Verfahrensweisen an alle Beteiligten sehr hohe Anforderungen und nicht selten wirft deren Umsetzung beachtliche Schatten weit voraus. So sah man in Potsdam in letzter Zeit häufig Menschen mit Kameras, Messgeräten und anderer Technik in den Wohngebieten arbeiten. Viele Anwohner fühlten sich davon beunruhigt und stellten die Frage nach Verkaufsabsichten ihrer Häuser: Will die Genossenschaft Teile ihres Wohnungsbestandes verkaufen, evtl. sogar an ausländische Geldanleger, um sich finanziell zu sanieren? Stand doch kürzlich ein Artikel mit dem Leitsatz: „47 Millionen Schulden: Hausmeister ent-

lassen“ in der Tagespresse - und was geschrieben steht, da ist auch was dran! - Auch hört man soviel von Kapital-„Heuschrecken“, die auf der Suche nach leichter Beute gerade das ehemalige Ostdeutschland durchstreifen. Das Genossenschaftsrecht, das durch seine EU-Anpassung ebenfalls Änderungen erhält, bietet dann womöglich keinen Schutz davor, es könnte dem sogar Vorschub leisten! Diese Sorgen der Genossenschaftsmitglieder sind verständlich, denn sie haben sich nicht zuletzt aus der Überlegung sicherer und günstiger Wohnverhältnisse heraus für das Wohnen in der Genossenschaft entschieden. Tatsächlich besteht für diese Sorgen bei uns aber kein Grund. Unsere Satzungscommission verfolgt die Entwicklung des

Genossenschaftsrechts sehr verantwortungsbewusst und passt die Genossenschaftssatzung der 1903 den neuen EU-Bestimmungen an, ohne solchen „Heuschrecken“ oder anderen bestandsgefährdenden Entwicklungen die Tür zu öffnen. Am 1. Januar 2008 wird der so genannte Energiepass für Häuser eingeführt. Darin wird die Wärmedämmung bzw. das „Verbrauchsverhalten“ eines jeden einzelnen Hauses ausgewiesen. Hierdurch kann man die Energieerfordernisse im Voraus einschätzen und Dank dieser Erkenntnisse auf mangelhafte Stellen besser und gezielt reagieren.

Bernd Silzer



Letzter WASG-Kreisvorsitzender

Nur rund drei Monate – seit März 2007 – war Hans-Jörg Rudolph (55) Kreisvorsitzender der Potsdamer WASG. Der gelernte Elektriker ist nun Mitglied der LINKEN.

WASG-Landessprecher Steffen Hultsch baute eigenhändig das Büroschild in der Lindenstraße 64 ab.



Rezensiert: „Einkommen für alle“

Es gibt Sachbücher, durch die man sich quält, weil man sie lesen muss – langweilig und ohne jegliche Finesse geschrieben. Und dann, und das kommt selten vor, gibt es Literatur, die begeistert, sowohl wegen ihres Inhalts als auch vom Stil her. Zu letzterer gehört „Einkommen für alle“ von Götz W. Werner.

Werner ist geschäftsführender Gesellschafter der „dm-Drogeriemärkte“ - ein waschechter Kapitalist also. Unverhohlen fordert er das bedingungslose Grundeinkommen für alle und durchbricht damit die Logik der neoliberalen Apologeten. Mit diesem Affront wagt er sich auf das Feld des politischen Gesellschaftsvertrages. Die Politik habe ihr Versprechen einer menschenwürdigen Existenz gebrochen. Hartz IV bezeichnet der Autor als „offenen Strafvollzug“. Auch die Freiheit und Gleichheit aller steht seiner Ansicht nach nur noch auf dem Papier.

Werner plädiert dafür, die Segnungen der Moderne endlich als solche zu begreifen und die entsprechende Konsequenz daraus zu ziehen: Die Trennung von Einkommen und Arbeit. Die Hoffnung auf Vollbeschäftigung bezeichnet er als Illusion. Das bedingungslose Grundeinkommen soll die Moderne nicht nur erträglich machen, sondern eine wahrhaft existenzsichernde Wirkung entfalten und gesellschaftliche Teilnahme ermöglichen. Werner spricht von einem zu garantierenden Kulturminimum. Die Bürger wären demnach nicht mehr gezwungen jede Arbeit anzunehmen, sondern könnten ihrer Neigung entsprechend tätig werden. Dem Einzelnen wäre die Sorge um seine materielle Existenz genommen. Der Autor spricht hierbei von einem enormen Kulturimpuls, der die Gesellschaft insgesamt verändern würde.

Im Gegenzug schlägt Werner die Abschaffung der Unternehmens- und Ertragsbesteuerung vor, um den Prozess der Wertschöpfung nicht zu behindern. Beide Ideen zusammengenommen bedeuten laut Werner nichts anderes als die Versöhnung von Sozialismus auf der einen und Kapitalismus auf der anderen Seite. Was für ein Anspruch...

Finanziert werden soll das Ganze einerseits durch den Abbau der Steuer- und Sozialbürokratie, die in der Konsequenz dieses Gesellschaftsvertrages schlichtweg nicht mehr gebraucht würde und andererseits durch eine höhere Mehrwertsteuer. Für alltägliche Gebrauchsgüter wäre dann ein entsprechend geringerer Steuersatz fällig als für Luxusartikel.

Dieses Buch ist ein Muss. Einige Vorschläge mögen befremdlich klingen, aber man sollte sich mit ihnen auseinandersetzen. Dieses Buch hat das Zeug zum Klassiker. -te.

Götz W. Werner: Einkommen für alle, Köln 2007.

tips & termine · tips & termine · tips & termine · tips & termine · tips & termine ·

Mittwoch, 04. Juli: „Spaziergang durch unsere nähere Umgebung“. Dahlweid Stiftung. Spaziergang mit Gretel Strauch durch unsere nähere Umgebung ein. Anschließend lassen wir den Nachmittag ausklingen bei einer gemütlichen Kaffee-Erzähl-Runde in unserer Freizeitstätte. Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat von 13.30 Uhr – ca. 15.00 Uhr Treffpunkt: Vor der Seniorenfreizeitstätte. Ende: ca. 16.00 Uhr. Anmeldung: bei Fam. Strauch, Tel. 740 76 70

Freitag, 6. Juli: 19.00 Uhr. Familienzirkus Mopsfidel des Kindertreff am Stern, STIBB e. V., Keplerplatz

Sonabend, 7. Juli: 10.00 – 15.00 Uhr. Kommunalpolitischer Tag „Wirken gegen rechts in den Kommunen“, Tagungshaus BlauArt Hermannswerder

Montag, 09. Juli: „Mallorca

– Paradies in der Sonne“. Dahlweid Stiftung. Spaziergang mit Karl Kreutz. Für den, der schon auf der Insel weilte, weckt das Video Erinnerungen an schöne Urlaubstage. Wie der Film zeigen wird, sind auf Mallorca viele Schönheiten und Traditionen zu entdecken, und das Auge erfreut sich an den Kontrasten der Landschaft. Beginn: 14.30 Uhr. Ende: ca. 16.00 Uhr

Dienstag, 10. Juli: 18.00 – 20.00 Uhr. Sprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl), Galleistr.36/39.

Montag, 16. Juli: 18.00 Uhr. Montagsdemo am Deserteursdenkmal Platz der Einheit.

Dienstag, 24. Juli: „Mit der Kamera unterwegs auf Teneriffa“. Dahlweid Stiftung. Eine interessante Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen

– nahe gebracht“ mit Dr. Rolf Rönz. Der Autor begleitet mit der Kamera eine botanische Exkursion auf Teneriffa, wobei nicht nur die Pflanzen ins Bild kommen, sondern auch Landschaften und Ortschaften vorgestellt werden. Beginn: 14.30 Uhr. Ende: ca. 16.00 Uhr

Mittwoch, 25. Juli: „18, 20, Buben 'raus“. Dahlweid Stiftung. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. Beginn: 13.30 Uhr. Ende: ca. 17.00 Uhr. Einsatz: 4,00 €

Montag, 30. Juli: „Leseschnäppchen am Kaffeetisch“. Dahlweid Stiftung. Literarische Stunde zur Kaffezeit mit Gedichten, Geschichten und Anekdoten. Unterhaltsames und Humorvolles aus der Feder von Günter Herlt, Ottokar Domma und anderen

Schriftstellern lesen für Sie bei einer Tasse Kaffee Erna Kreutz-Gralow und Karl Kreutz. Beginn: 14.30 Uhr. Ende: ca. 16.00 Uhr

Dienstag, 31. Juli: „Küchener und Anekdoten“. Mit Gretel Strauch und Manfred Bischoff. Beginn: 14.30 Uhr. Ende: ca. 16.30 Uhr

Physiotherapie
Voitel
Inh. Jaqueline Ihnow

Fachphysiotherapie für neurologische und Extremitätenschäden

- Ganzheitliche Therapie
- Manualtherapie
- Therapie nach Bobath und Vojta
- Skoliotherapie nach Schroth
- SRT-Zeptoring

Hebbelstraße 6
14469 Potsdam
Tel. 0331 2800 453

diskothek
bluelight
potsdam

MUSIK UND MODERATION
Hochzeiten, Geburtstage, Stadt- oder Kinderfeste, Firmen- oder Vereinsveranstaltungen, Tanz- und Strandpartys, Karneval u.v.a.m.

0172 / 385 32 81